



– Beschlusskammer 6 –

## **Beschluss**

Az. BK6-16-234

In dem Besonderen Missbrauchsverfahren der

Energy & More Energiebroker GmbH & Co. KG, vertreten durch die Energy & More Management GmbH, diese vertreten durch die Geschäftsführung,  
Kronberger Str. 24, 61462 Königstein/Ts.,

– Antragstellerin –

zur Überprüfung des Verhaltens der

DB Energie GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung,  
Pfarrer-Perabo-Platz 2, 60326 Frankfurt/ Main,

– Antragsgegnerin –

wegen: Bedingungen für die Gewährung von Netzzugang zum Bahnstromnetz

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch den Vorsitzenden Christian Mielke,  
den Beisitzer Dr. Jochen Patt  
und den Beisitzer Jens Lück

am 20.12.2017 beschlossen:

1. Die Antragsgegnerin wird verpflichtet, innerhalb ihrer 16,7-Hz-Regelzone spätestens ab dem 01.06.2018
  - a. regelzoneninterne Stromtransfers mittels Fahrplanlieferungen zwischen Bilanzkreisen sowie
  - b. die Einrichtung und Nutzung von Unterbilanzkreisenzu ermöglichen.
2. Eine Entscheidung über die Kosten bleibt vorbehalten.

## **Gründe**

### **I.**

Die Parteien streiten über die Zulässigkeit der Verwendung von Unterbilanzkreisen sowie der Nutzung von Fahrplantransfers zwischen Bilanzkreisen innerhalb des 16,7-Hz-Bahnstromnetzes der Antragsgegnerin.

1. Die Antragstellerin ist ein energiewirtschaftlicher Dienstleister überwiegend für großhandelsfähige Nachfrager von Strom und Gas.

Sie bietet ihren Kunden energiewirtschaftliche Beratungsleistungen, Nutzung von Börsenzugängen, die Nutzung von Onlinediensten sowie Serviceleistungen im Zusammenhang mit der Einhaltung der REMIT als Einzelleistung an.

Die Antragsgegnerin ist Betreiberin eines nach eigenen Darstellungen bundesweiten „autonomen Verteilernetzes“ zur Versorgung der Eisenbahnverkehrsunternehmen (EiVU) mit Bahnstrom in der Frequenz 16,7 Hz. Über Umformer- und Umrichterwerke ist das Bahnstromnetz der Antragsgegnerin mit dem 50-Hz-Netz der allgemeinen Versorgung verbunden. Die Antragsgegnerin ist für die Ausregelung des Bahnstromnetzes verantwortlich und sorgt mittels Fahrplangeschäften in bzw. aus sogenannten Übergabebilanzkreisen für einen entsprechenden Energieaustausch zwischen den 50-Hz-Regelzonen und ihrem 16,7-Hz-Bahnstromnetz.

Im Dezember 2012 hat die Antragsgegnerin ein unter Heranziehung externer Gutachter erarbeitetes und mit der Branche konsultiertes Bahnstromzugangsmo­dell veröffentlicht, welches auf den im allgemeinen Strommarkt etablierten Prozessregimen (GPKE, MaBiS) aufsetzt. Für die Umsetzung dieses sogenannten „Zielmodells“ wurde nach damaliger Einschätzung eine Projektlaufzeit von drei Jahren veranschlagt, was nach damaligem Stand dem Jahresende 2015 entsprochen hätte. Anlass zur Erarbeitung des Zielmodells war die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 09.11.2010 (EnVR 1/10), in der klargestellt wurde, dass die Versorgung von Eisenbahnen mit leitungsgebundener Energie nach Maßgabe des § 3a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) dem Energiewirtschaftsrecht unterfällt, da diesbezüglich keine vorrangigen Regelungen im Allgemeinen Eisenbahngesetz existieren. Ausdrücklich jedenfalls für den Bereich der Anreizregulierung hat der BGH hierbei zudem ausgeführt, dass die Besonderheiten des Bahnstromnetzes angemessen zu berücksichtigen sind.

Mit Schreiben vom 30.08.2016 und 27.09.2016 hatte sich die Antragstellerin bereits an die Beschlusskammer gewandt, da sie sich als Dienstleisterin im 16,7-Hz-Bahnstromnetz durch die Einschränkungen aus dem aktuell gültigen Bahnbilanzkreisvertrag an der Ausübung ihres Geschäftsbetriebs gehindert sehe. Wie auch im übrigen Energiemarkt üblich, würden zunehmend Eisenbahnverkehrsunternehmen die Energiebeschaffung an externe Dienstleister auslagern. Hierfür biete die Antragstellerin ihren Kunden insbesondere Beschaffungsmodelle für einen strukturierten Energieeinkauf an, die auf die Kosten- und Risikominimierung beim Stromeinkauf abzielen. Bestandteil des Dienstleistungsangebots der Antragstellerin sei das Betreiben von Bilanzkreisen im eigenen Namen dienstleistend für die Handelspositionen ihrer Kunden. Wesentliches Merkmal ihrer Dienstleistereigenschaft sei dabei der Verzicht auf die Bildung eigener (Handels-)Positionen, weil nur so die Beschaffungsinteressen ihrer Kunden ohne Interessenskonflikte vertreten werden könnten. Dies setze jedoch voraus, dass Unterbilanzkreise gebildet werden und Energiemengen innerhalb des Bahnstromnetzes von einem in einen anderen Bilanzkreis transferiert werden dürften. Damit könne die Ausgleichsenergieabrechnung nach Bewirtschaftung des Bilanzkreises in einen Rechnungsbilanzkreis zur kundenseitigen Abrechnung „gebucht“ werden. Diese in den 50-Hz-Regelzonen übliche Art der Bilanzkreisbewirtschaftung sei jedoch durch entsprechende Regelungen im Bahnbilanzkreisvertrag ausgeschlossen.

Die Antragsgegnerin als Betreiberin des Bahnstromnetzes zeigte sich im vorangegangenen Schriftwechsel gegenüber diesem Anliegen ausweichend bis ablehnend. Sie sehe derzeit keine Veranlassung zur Änderung ihrer Vorgaben, da von anderen im Bahnstromnetz aktiven Bilanzkreisverantwortlichen (BKV) hierzu bislang keine Beschwerden vorlägen und die Beseitigung der von der Antragstellerin bemängelten Beschränkungen darüber hinaus zu einem aktuell nicht vertretbaren Aufwand führen würde.

Die gegenseitig vorgebrachten Vorschläge zur Lösung und Klärung der Angelegenheit ohne Anpassung des Bahnbilanzkreisvertrages führten zu keiner Einigung. Auch ein mit der Beschlusskammer durchgeführter gemeinsamer Gesprächstermin konnte nicht zur Befriedung beitragen.

Mit ihrem an die Beschlusskammer 6 gerichteten Schriftsatz vom 18.11.2016 hat die Antragstellerin die Durchführung eines Besonderen Missbrauchsverfahrens gemäß § 31 EnWG beantragt.

2. Die Antragstellerin ist der Auffassung, dass die Antragsgegnerin dazu verpflichtet sei, die Möglichkeit zur Bildung von Unterbilanzkreisen zu eröffnen sowie den regelzoneninternen Stromtransfer zwischen Bilanzkreisen zuzulassen. Die Verwirklichung des Netzzugangs durch Letztverbraucher und Lieferanten setze gemäß § 20 Abs. 1a Satz 5 EnWG voraus, dass stets ein Ausgleich zwischen Einspeisung und Entnahme unter Verwendung eines Bilanzkreissystems gewährleistet sei. Die nähere Ausgestaltung fände sich in der Stromnetzzugangsverordnung (StromNZV), wonach in jeder deutschen Regelzone ein solches Bilanzkreissystem zu verwenden sei. Die Antragsgegnerin trage die Systemverantwortung für das Versorgungsnetz in ihrer Regelzone und sei in diesem Zusammenhang insbesondere für die Beschaffung und den Einsatz von Regelenergie verantwortlich. Sie sei somit Betreiberin der Regelzone 16,7 Hz.

Durch die Nichtermöglichung des regelzoneninternen Stromtransfers zwischen Bilanzkreisen sei die Antragstellerin in ihrer Geschäftstätigkeit betroffen, da ein ex-ante-Stromhandel als Dienstleistungsangebot für ihre Kunden innerhalb der 16,7-Hz-Regelzone so nicht möglich sei. Eine Umsetzung der innerhalb der 50-Hz-Regelzone üblichen strukturierten Beschaffung mit Residualversorgung durch einen Händler sei ebenfalls unmöglich. Durch die Untersagung der Bildung von Unterbilanzkreisen innerhalb der 16,7-Hz-Regelzone werde eine Weiterleitung von Abweichungsrisiken an einen abrechnungsrelevanten Oberbilanzkreis und somit die Trennung von Dienstleister und Rechnungsempfänger verhindert. Mithin sei die in der 50-Hz-Regelzone mögliche und praktizierte Trennung von BKV-Dienstleister und Rechnungsempfänger für Ausgleichsenergie nicht möglich, wodurch diese der Höhe nach unbekannte Ausgleichsposition umsatzsteuerlich, handelsbilanziell und steuerbilanziell in den Büchern der Antragstellerin abgebildet werden müsse. Dies habe insbesondere zur Folge, dass alle Fragen des Kreditrisikos für Ausgleichsenergie vom Kunden auf die Antragstellerin verlagert würden.

Ebenso sei eine getrennte Bewirtschaftung von Rückspeisung und Bezug nicht möglich. Fälle, in denen der Betrag der Rückspeisung größer sei als derjenige des Bezuges (etwa bei längeren bzw. überwiegenden Bremsvorgängen, längeren Bergabfahrten), führten modellhaft zu einem nichtausgleichbaren Bilanzkreis, da sie nicht durch entsprechende Handelsgeschäfte ausgeglichen werden dürften.

Die Antragstellerin bzw. die von ihr betreuten Kunden seien folglich an einer Optimierung des Bilanzausgleichs unter Nutzung von Skaleneffekten in der Bilanzkreisbewirtschaftung gehindert.

Durch das Verhalten der Antragsgegnerin sieht sich die Antragstellerin aus Verstoß gegen ihre eigene Rechtsposition erheblich beeinträchtigt und berührt.

Die Antragstellerin beantragt sinngemäß

1. der Antragsgegnerin aufzugeben, ihren (Bahn-)Bilanzkreisvertrag dahingehend abzuändern, dass Energielieferungen innerhalb der 16,7-Hz-Regelzone auch zwischen Bilanzkreisen erfolgen können und
2. die Bildung von Unterbilanzkreisen gemäß § 4 Abs. 1 StromNZV zuzulassen.

Die Antragsgegnerin beantragt

den Antrag der Antragstellerin zurückzuweisen.

Sie hält den Missbrauchsantrag bereits für unzulässig. Sie erkenne in den Ausführungen der Antragstellerin keine bzw. keine erhebliche Interessensberührung durch das antragsgegenständliche Verhalten. Auch fehle es an dem für die Zulässigkeit nötigen Rechtsschutzbedürfnis der Antragstellerin.

Inhaltlich sei der Antrag der Antragstellerin zudem unbegründet. Es sei zwar zutreffend, dass der energiewirtschaftliche Regulierungsrahmen unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Bahnstromversorgung grundsätzlich auch auf das Bahnstromnetz Anwendung finde. Die Antragsgegnerin komme diesem durch die auf Grundlage des Konsultationsverfahrens zum Bahnstromnetzzugang erarbeiteten und an die Besonderheiten angepassten Netzzugangsregularen nach.

Die durch die Antragstellerin herangezogenen Rechtsgrundlagen seien jedoch auf die Antragsgegnerin nicht anwendbar. Die Regelungen in § 4 Abs. 1 Sätze 3 und 4 StromNZV adressierten über den in § 3 Nr. 30 EnWG definierten Begriff der Regelzone den Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB). Die Antragsgegnerin betreibe jedoch kein Übertragungsnetz. Insofern sei auch die Festlegung BK6-06-013 vom 29.06.2011 zur Standardisierung des Bilanzkreisvertrages auf sie nicht anwendbar. Sie sei nicht Adressat der Festlegung, die ausschließlich ÜNB verpflichte und das Rechtsverhältnis zwischen BKV und ÜNB regele.

Jedoch sei das 16,7-Hz-Bahnstromnetz ausschließlich über aktiv gesteuerte Netzkomponenten, wie Umformer- und Umrichterwerke mit den vorgelagerten ÜNB-Regelzonen verbunden. Dies erfordere eine aktive Rolle des Bahnstromnetzbetreibers bei der Ausregelung von Leistungsungleichgewichten. Die Abwicklung von Energietransporten zwischen den vorgelagerten Regelzonen und dem Bahnstromnetz sowie die Ermittlung und Abrechnung der anfallenden Ausgleichsenergie bedürfe eines eigenen Bilanzkreissystems, das die Antragsgegnerin als Bilanzkreiskoordinator bereitstelle und den Marktakteuren den Abschluss von Bilanzkreisverträgen anbiete. Gleichwohl handele es sich beim Bahnstromnetz um ein Verteilernetz, welches technisch nicht geeignet sei, Strom im großen Maßstab zu transportieren.

Bei der Ausgestaltung des Netzzugangsmodells für das Bahnstromnetz sei im Sinne der Marktpartner bewusst auf die Etablierung einer vollwertigen fünften Regelzone auf Grundlage des bestehenden Übertragungsnetz- und Bilanzkreissystems verzichtet worden. Zur Abwicklung von Energielieferungen der Bahnstromlieferanten in das Bahnstromsystem würden Übergabebilanzkreise genutzt. Somit sei die Antragsgegnerin in der Lage, die insgesamt von den Bahnstromlieferanten geplanten Lieferungen in das Bahnstromnetz so auf die Systembilanzkreise in den vier Regelzonen aufzuteilen, dass in etwa ein Ausgleich zwischen den erwarteten physikalischen Flüssen über Umformer und Umrichter je Regelzone und den angemeldeten Lieferungen bestehe. Denn die Antragsgegnerin sei ihrerseits selbst in allen vier Regelzonen verpflichtet, möglichst ausgeglichene Systembilanzkreise zu führen.

Im Zuge der Konsultation sei auf die Einführung von Unterbilanzkreisen im Bahnstromnetz verzichtet worden, weil ein Bedarf der Marktakteure zur Bildung und Bewirtschaftung von Unterbilanzkreisen nicht bestanden habe. Die Antragsgegnerin vertritt die Auffassung, dass die Anforderungen der Marktakteure derzeit auch ohne Einrichtung von Unterbilanzkreisen im Bahnstromnetz erfüllt werden könnten. Energielieferungen könnten aus Bilanzkreisen der vier Regelzonen über entsprechende Fahrplanlieferungen in einen Übergabebilanzkreis der Antragsgegnerin in Bilanzkreise im Bahnstromnetz realisiert werden. Diese würden den Lieferanten 1:1 in ihre jeweiligen Bilanzkreise im Bahnstromnetz mittels entsprechender Gegenfahrpläne für den Übergabebilanzkreis beim ÜNB eingestellt. Auf diese Weise könne auch die von der Antragstellerin geforderte strukturierte Beschaffung erfolgen.

Die Erweiterung des bahnspezifischen Bilanzkreissystems, um die Bildung von Unterbilanzkreisen zu ermöglichen, hätte umfangreiche IT-technische Umstrukturierungen zur Folge, die für das Ende der Umsetzung des Zielmodells in 2018 vorgesehen seien. Bei der Planung der Funktionalitäten für das Netzzugangsmodell im Bahnstrom hätte sich die Antragsgegnerin primär an den vordringlichen Anforderungen der Marktakteure, wie den Zugang von Lieferanten zum

Bahnstromnetz und damit verbundener Wechselprozesse sowie flexibler Triebfahrzeugzuordnungen, orientiert. Aufgrund eingereichter Beschwerden von Marktteilnehmern habe die Antragsgegnerin die Umsetzung der Funktionalitäten für Lieferanten und BKV mehrfach zurückstellen müssen.

Der von der Antragsgegnerin anvisierte Zeitplan sei ferner mit der Bundesnetzagentur kommuniziert, woraus deutlich werde, dass sich die Antragsgegnerin keinesfalls grundsätzlich gegen die Einrichtung von Unterbilanzkreisen sperre. Zunächst priorisiere die Antragsgegnerin allerdings die Behebung von Mängeln mit Zusammenhang mit der Abrechnung, der sie für den weit überwiegenden Teil der Marktteilnehmer eine höhere Dringlichkeit einräume.

Hinsichtlich des Stromtransfers zwischen Bilanzkreisen weist die Antragsgegnerin auf Aspekte der Systemsicherheit hin. Der umfangreiche Austausch von Energiefahrplänen könnte die Regelverantwortung der ÜNB unterlaufen (bypass-Geschäft). Von daher sei die Beschränkung im Bahnbilanzkreisvertrag unter Ziffer 2.2. aus Systemsicherheitsgründen geboten.

Die in Rede stehende Einschränkung des bahnstromnetzinternen Stromtransfers nach Ziffer 2.2. des Bahnbilanzkreisvertrages beschränken nach Auffassung der Antragsgegnerin die Flexibilität der BKV nicht wesentlich. Getätigte Fahrplananmeldungen könnten fristgerecht geändert werden und Energiemengen somit aus dem Bahnstromnetz zurückgezogen werden. Ein Austausch dieser Energiemengen könnte sodann auf der 50-Hz-Regelzonenebene erfolgen. Mittelbar sei so auch ein Austausch von Energiemengen zwischen den Bilanzkreisen im Bahnstromnetz möglich. Mit Hilfe der Nutzung der 50-Hz-Regelzonen könnten auf diese Weise nötige Handelsgeschäfte (zu Dienstleistungszwecken) vor Übertragung des Summenlastgangs in das 16,7-Hz-Bahnstromnetz sowie auch eine strukturierte Beschaffung abgewickelt werden.

Durch die Möglichkeit zur Abgabe getrennter Prognosefahrpläne (FC-PROD, FC CONS) sei auch die getrennte Bewirtschaftung von Rückspeisung und Bezug realisierbar.

Auch zur Untersagung der Bildung von Unterbilanzkreisen nach Ziffer 12 des Bahnbilanzkreisvertrages habe die Antragstellerin nach Ansicht der Antragstellerin keine hinreichende Betroffenheit darlegen können. Die Verhinderung der Weiterleitung von Abweichungsrisiken und der damit verbundenen Trennung von Dienstleister und Rechnungsempfänger könne auch innerhalb des Bahnbilanzkreisvertrages erfolgen, wenn nämlich, wie bereits von der Antragsgegnerin vorgeschlagen, das EivU Vertragspartner des Bahnbilanzkreisvertrages sei. Gleiches gelte für die umsatzsteuerliche, handelsbilanzielle und steuerbilanzielle Abbildung unbekannter Ausgleichspositionen in den Büchern der Antragstellerin, die ohnehin im normalen Geschäftsbetrieb nicht ungewöhnlich sein dürfte. Darüber hinaus sei die kritisierte Übernahme des Ausgleichsenergie-

risikos eine wesentliche Hauptpflicht des BKV und somit nicht zu beanstanden.

Mit Schreiben vom 12.12.2017 hat die Beschlusskammer gemäß §§ 55 Abs. 1 Satz 2, 58 Abs. 1 Satz 2 EnWG dem Bundeskartellamt sowie der Landesregulierungsbehörde Hessen Gelegenheit zur Stellungnahmen gegeben.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Verfahrensakte Bezug genommen.

## II.

Der Missbrauchsantrag ist zulässig und begründet. Die Antragsgegnerin verstößt durch ihr Verhalten gegen die Verpflichtung zur Bereitstellung sachlich gerechtfertigter Netzzugangsbedingungen gem. § 20 EnWG i.V.m. §§ 4, 5 StromNZV. Die unter Fristsetzung ausgesprochene Verpflichtung war angezeigt, um die Zuwiderhandlung wirksam abzustellen.

### 1. Zulässigkeit

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur als Regulierungsbehörde für die vorliegende Entscheidung folgt aus § 54 Abs. 1 i.V.m. Abs. 2 Satz 2 EnWG. Die Beschlusskammer ist zur Entscheidung gemäß § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG berufen.

Entgegen der Auffassung der Beschwerdegegnerin fehlt es insbesondere auch nicht am Vorliegen der notwendigen erheblichen Interessensberührung auf Seiten der Antragstellerin. Die Antragstellerin hat insoweit dargetan, dass die von der Antragsgegnerin auferlegten Beschränkungen geeignet sind, sich für sie als reines Dienstleistungsunternehmen in Bezug auf das beabsichtigte Geschäftsmodell als deutlich spürbares Erschweris und als greifbarer Nachteil auszuwirken, da sie in die Rolle eines Händlers mit entsprechenden Kreditrisiken und dem Vorhalten von Liquidität insbesondere für Ausgleichsleistungen gezwungen werde.

### 2. Begründetheit

Durch ihr Verhalten verstößt die Antragsgegnerin gegen Vorschriften der Abschnitte 2 und 3 des dritten Teils des EnWG sowie gegen Normen von auf dieser Basis erlassenen Rechtsverordnungen. Die Antragsgegnerin unterfällt den hier streitgegenständlichen gesetzlichen Vorgaben zum Netzzugang nach § 20 EnWG sowie den Regelungen der StromNZV (2.1.). Gesichtspunkte, die aufgrund technischer Besonderheiten des Bahnstromnetzes zur Nichtanwendung der



§§ 4, 5 StromNZV veranlassen, sind nicht ersichtlich (2.2.). Durch die Nichtgewährung der begehrten Transaktionsmöglichkeiten ist die Antragstellerin auch in erheblicher Weise in ihren Interessen berührt (2.3.).

2.1. Die Antragsgegnerin unterfällt hinsichtlich des von ihr betriebenen Bahnstromnetzes den Vorgaben aus § 20 EnWG sowie den diesen Anspruch näher ausgestaltenden Regelungen aus der StromNZV.

Wie bereits der Bundesgerichtshof mit Beschluss vom 09.11.2010 entschieden hat, unterliegt das Bahnstromnetz der Antragsgegnerin gem. § 3a EnWG der Regulierung nach dem Energiewirtschaftsrecht. Ausdrücklich hat das Gericht dies auch für den Anspruch auf Netzzugang nach §§ 20 ff. EnWG hervorgehoben, da sich dem Eisenbahnrecht keine anderweitigen Regelungen entnehmen lassen (BGH, Beschl. vom 09.11.2010, EnVR 1/10, Rn. 16-19 – zitiert nach juris). Zur näheren Ausgestaltung der Netzzugangsabwicklung zwischen der Antragsgegnerin und den Netznutzern finden auch die Vorschriften der StromNZV grundsätzlich Anwendung, die auf der Grundlage des § 24 EnWG erlassen worden sind.

2.2. Mit der Untersagung des Energietransfers zwischen Bilanzkreisen innerhalb des 16,7-Hz-Bahnstromnetzes (Ziffer 2.2 des aktuell veröffentlichten „Bilanzkreisvertrag über die Führung von Bilanzkreisen im 16,7-Hz-Bahnstromnetz“, Stand 6/2016) sowie der Versagung der Einrichtung von Unterbilanzkreisen (Ziffer 12 des Bilanzkreisvertrages, a.a.O.) verstößt die Antragsgegnerin konkret gegen die in §§ 4, 5 StromNZV vorgegebenen Abwicklungsbedingungen für den Netzzugang, ohne dass hierfür ein sachlich gerechtfertigter Grund besteht.

Nach der Grundsystematik der Stromnetzzugangsgewährung nach der StromNZV setzt die Nutzung eines Energieversorgungsnetzes durch Netznutzer und Lieferanten voraus, dass stets ein Ausgleich zwischen Einspeisungen und Entnahmen über einen Bilanzkreis gewährleistet ist und ein BKV die rechtliche und wirtschaftliche Verantwortung insbesondere im Fall der Nichtgewährleistung dieses Ausgleichs übernimmt (§ 4 Abs. 2 StromNZV).

Die Einrichtung und Nutzung von Bilanzkreisen hat gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 StromNZV immer bezogen auf eine Regelzone zu erfolgen. Hintergrund ist, dass die in Bilanzkreisen vorzunehmenden Saldierungen zwischen Einspeisungen und Entnahmen (physikalisch oder mittels Fahrplanlieferung) je Viertelstunde den primären Zweck haben, die in dieser Regelzone durch die Inanspruchnahme von Sekundärregelarbeit und Minutenreservearbeit sowie ggf. von Sekundärregelleistung und Minutenreserveleistung angefallenen Kosten bzw. Erlöse verursachungsgerecht auf die Inhaber der Bilanzkreise der Regelzone zu verteilen (§ 8 Abs. 2 StromNZV).

Diese Ausgangssituation trifft auch auf das Netz der Antragsgegnerin zu. Sie kann insbesondere

nicht mit dem Argument durchdringen, sie betreibe aufgrund der technischen Besonderheiten ihres Netzes kein Übertragungsnetz, sondern lediglich ein autonom geregeltes Verteilnetz, weshalb eine Anwendung der auf Bilanzkreise und Fahrplanlieferungen bezogenen Regelungen der StromNZV ausscheide.

Unstreitig übt die Antragsgegnerin durch die Gewährleistung der Frequenzhaltung durch Netzausregelung die technische Funktion eines Regelzonenbetreibers aus. In der Marktrolle des Bilanzkoordinators führt sie Bilanzkreise und schließt hierüber entsprechende Bilanzkreisverträge mit Lieferanten ab, die in ihrem Netz tätig sein wollen. Damit unterscheidet sich die Tätigkeit der Antragsgegnerin hinsichtlich dieser Aufgabenerfüllung nicht von derjenigen, die die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber im 50-Hz-Netz wahrnehmen.

Hierbei ist es auch nicht schädlich, dass das Netz der Antragsgegnerin bei näherer technischer Betrachtung möglicherweise nicht als „Übertragungsnetz“ bezeichnet werden würde und die hier streitgegenständlichen Vorschriften der StromNZV sich in dem mit „Zugang zu Übertragungsnetzen“ betitelten Teil 2 der Verordnung finden. Wie bereits der Bundesgerichtshof zur Anwendbarkeit der Vorschriften der Anreizregulierungsverordnung auf den Netzbetrieb der Antragsgegnerin ausgeführt hat, ist jeweils im Rahmen des Regulierungsverfahrens zu klären, „ob und inwieweit die Vorschriften des Energiewirtschaftsrechts unmittelbar oder möglicherweise nur entsprechend anwendbar sind oder einer einschränkenden Auslegung bedürfen, um einerseits dem Willen des Gesetzgebers Geltung zu verschaffen und andererseits die Besonderheiten des Stromnetzes der Betroffenen angemessen zu berücksichtigen“ (BGH, Beschl. vom 09.11.2010, EnVR 1/10, Rn. 28 – zitiert nach juris). Diese Aussagen können auch für die inhaltliche Ausgestaltung des Netzzugangs Geltung beanspruchen. Unzweifelhaft handelt es sich bei den auf Nutzung von Unterbilanzkreisen und Fahrplantransaktionen abzielenden streitgegenständlichen Normen nicht um Vorschriften, die auf die spezielle Funktionalität als „Übertragungsnetz“, also auf den Stromtransport in Höchstspannung und über größere Entfernungen abstellen, sondern um Grundfunktionalitäten, die einem BKV die flexible und effiziente Bewirtschaftung von Bilanzkreisen ermöglichen.

Auch hinsichtlich der von der Antragstellerin begehrten Möglichkeit, Energietransfers zwischen Bahnbilanzkreisen mittels Fahrplänen im Sinne des § 5 StromNZV durchzuführen, hat die Antragsgegnerin keine Gesichtspunkte dargetan, die die Umsetzbarkeit im Bahnstromnetz in Frage stellen.

Wie die Bereitstellung von Bilanz- und Unterbilanzkreisen selbst gehört auch die Möglichkeit, Energiemengen zwischen Bilanz- und Unterbilanzkreisen zu transferieren, zum grundlegenden Instrumentarium der StromNZV für die Gewährleistung eines effizienten Netzzugangs. Ohne die

Möglichkeit des bilanzkreisübergreifenden Fahrplantransfers ist der Inhaber des Bilanzkreises stets gezwungen, genau die erforderlichen Energiemengen in den jeweiligen Übergabebilanzkreis im 50-Hz-Stromnetz einzustellen, damit diese Mengen sodann in das Bahnstromnetz transferiert werden.

Die von der Antragsgegnerin angeführten Bedenken, die Ermöglichung von Fahrplantransfers im Bahnstromnetz könne die Regelverantwortung der ÜNB unterlaufen, trägt demgegenüber nicht. Die Auswirkungen von Änderungen an den in den 50-Hz-Übergabebilanzkreisen eingestellten Energiemengen, die die Antragsgegnerin nach eigenem Bekunden als Alternative zu Bahnstromnetz-internen Fahrplantransfers erklärtermaßen für möglich hält, sind mit Blick auf die Wahrnehmung der Regelverantwortung der ÜNB im Ergebnis nicht anders zu beurteilen als Bahnstromnetz-interne Fahrplangeschäfte. Maßgebend in beiden Szenarien ist, dass die in der StromNZV angelegten Grundregeln hinsichtlich der zeitlichen Mindestvorlaufzeiten für Fahrplanänderungen vor dem Erfüllungszeitpunkt eingehalten werden. Ob im Bahnstromnetz Fahrplananpassungen nach dem Erfüllungszeitpunkt zulässig sein können, ohne die gesetzliche Beschränkung auf rein regelzoneninterne Fahrpläne (§ 5 Abs. 3 StromNZV) zu verletzen, mag angesichts der technischen Eigenschaft des Bahnstromnetzes als einheitliches und allen vier ÜNB-Regelzonen nachgelagertes Netz der näheren Ausgestaltung durch die Antragsgegnerin obliegen. Einen generellen Ausschluss von Fahrplantransfers rechtfertigt dieser Gesichtspunkt indes nicht.

2.3. Die Antragstellerin ist von den angegriffenen Restriktionen auch in erheblicher Weise in ihren Interessen berührt. Der Austausch von Energiemengen zwischen Bilanzkreisen generell und speziell im Bahnstromnetz dient im Wesentlichen der ordnungsgemäßen Bilanzkreisbewirtschaftung, deren Sicherstellung nach § 1a EnWG einen Grundsatz des Strommarktes darstellt. Bewirtschaftung des Bilanzkreises bedeutet dabei, die erwarteten Differenzen zwischen prognostiziertem Energiebezug und tatsächlichem Verbrauch durch Beschaffung bzw. Verkauf am Strommarkt auszugleichen. Dabei spielen die nur im Eisenbahnverkehr vorkommenden und durch Bremsen der Züge verursachten Rückspeisungen eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Nachvollziehbar ist dabei, dass nicht jedes EiVU die Bewirtschaftung des eigenen Bilanzkreises und die damit verbundene Energiebeschaffung in Eigenregie durchführen möchte und sich stattdessen eines Dienstleisters, wie der Antragstellerin, bedient. Nur durch die Möglichkeit, Energiemengen von einem sogenannten Dienstleisterbilanzkreis in den vom EiVU abzurechnenden Bilanzkreis zu verschieben, kann die Antragstellerin ihre Geschäftstätigkeit ihrem Geschäftszweck entsprechend ausüben, ohne die vom beauftragenden EiVU zu vertretenden Haftungen und Risiken auf sich nehmen zu müssen.

### **3. Abstellungsverfügung**

Die tenorierte Abstellungsverfügung unter Setzung einer Frist war nach Überzeugung der Beschlusskammer angezeigt, um den festgestellten Verstoß künftig wirksam zu unterbinden. Die für die Umsetzung der Anforderungen eingeräumte Frist ist hierbei ausreichend, um in den IT-Systemen der Antragsgegnerin die erforderlichen Erweiterungen zu integrieren. Zu berücksichtigen ist dabei, dass nach eigenem Vortrag der Antragsgegnerin die Anzahl der Fälle beabsichtigter Nutzung von Unterbilanzkreisen und Fahrplantransfers im Bahnstromnetz bislang überschaubar sei. Insofern bleibt es der eigenen Entscheidung der Antragsgegnerin überlassen, ob sie die erforderliche Funktionalität im Wege vollautomatisierter massengeschäftstauglicher Implementierung vollzieht oder – wie bislang auch bei anderen Funktionserweiterungen praktiziert – zunächst mittels halbautomatischer Unterstützung ermöglicht.

### **4. Kosten**

Die Erhebung von Kosten nach § 91 EnWG bleibt einem gesonderten Verfahren vorbehalten.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist beim Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung gemäß § 76 Abs.1 EnWG.

Christian Mielke  
Vorsitzender

Dr. Jochen Patt  
Beisitzer

Jens Lück  
Beisitzer